

Die Not mit der Quote

Die neue Debatte über Frauenquoten setzt auch die Wirtschaft unter Druck

VON RICHARD SCHÜTZE

Sie ist der Evergreen in Politik und Wirtschaft: die Quote. Alle Jahre wieder fühlen sich Politiker bemüht, Frauen und anderen tatsächlich oder auch nur vermeintlich benachteiligten Gruppen, vor allem aber dem eigenen Image etwas Gutes zu tun.

So haben sich die Mitglieder der Satzungskommission der CDU darauf geeinigt, dem nächsten Parteitag die Einführung einer Frauenquote vorzuschlagen: Bis 2025 sollen Frauen stufenweise bei der Aufstellung von Wahllisten und bei Vorstandswahlen der Partei ab der Kreisebene aufwärts in allen Gremien hälftig vertreten sein. Richtig ist: Mindestens die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Was Intellekt, Fleiß, Belastbarkeit und die Fähigkeit zum Management von mehreren parallel zu regelnden Angelegenheiten, das Multitasking, sowie das Durchhaltevermögen anbelangt, stehen Frauen dem nur physisch stärkeren Geschlecht in Nichts nach.



Die Debatte wurde von der Politik losgetreten. Dabei zeigen die Beispiele Annegret Kramp-Karrenbauer, Ursula von der Leyen und Angela Merkel (v.l.n.r.), dass Frauen stark in Führungspositionen vertreten sind. Foto: dpa

Welch' Wunder: Frauen haben mit Männern das Person- und Menschsein gemein, mit Körper, Leib und Seele, mit Erkennen, Reflektieren, Fühlen und Wollen. Auch wenn sie die Welt partiell vielleicht „anders“ wahrnehmen, weniger kriegerisch, denn kooperativ gesinnt sein mögen, sind sie doch gewillt, auch zu kämpfen, wenn es darauf ankommt.

Vielleicht können sie psychisch und auch physisch sogar mehr ertragen als Männer, fühlen sensibler, aber auch intensiver – wer weiß. Nur Hollywood brachte es mit dem Muskelmann Arnold Schwarzenegger auf Zelluloid; doch in der Wirklichkeit hat noch kein Mann in Wehen gelegen und wird voraussichtlich auch nie ein Kind austragen und zur Welt bringen.

So sehr das Ziel einer paritätischen Besetzung von politischen Mandaten und Funktionen in Parteiämtern oder Staatsfunktionen auch plausibel erscheinen mag – dies mit einer verpflichtenden Quotenregelung durchzusetzen, erscheint wenig sachgerecht und demokratisch zweifelhaft. Im Zweifel würde ein besser qualifizierter, kompetenter und leistungsfähiger Mitbewerber auf der Strecke bleiben. Er dürfte oder könnte nicht gewählt werden, solange die Frauenquote nicht erfüllt wäre, auch wenn eine Mehrheit der Parteimitglieder oder Delegierten gern für ihn votieren würde. Seine Nichtwahl aber wäre eine Diskriminierung, eine Art Geschlechter-Rassismus, und zugleich ein Verstoß gegen das Mehrheitsprinzip als Grundregel der De-

mokratie; der Wählerwille würde ignoriert und gar konterkariert. Doch in der Politik, insbesondere in der Parteipolitik, sind neben dem Geschlecht noch weitere Faktoren wie Gebietsproporz, Religion und Konfession, das Alter, eine berufliche Spezialisierung und Erfahrung sowie eine allgemeine Prominenz von Bedeutung. Und eine Promi-Quote: So bedienen sich die Parteien bei der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, gern als entsandte Wahlfrauen und -männer beliebter Film- oder Sportstars, Adliger oder sonstwie bedeutender Mitbürgerinnen und bekannter Persönlichkeiten als Aushängeschilder.

Es geht um die Vorstandsposten

Die Quote, ob bereits als paritätische oder auch nur als eine darunterliegende prozentuale Größe, soll über die Politik hinaus aber auch in weiteren Bereichen der Gesellschaft Einzug halten. Vor allem die Wirtschaft und dort besonders die Besetzung von Vorstands- und Aufsichtsratsposten sind im Visier der Frauen- und Genderpolitik. Seit 2016 gilt bereits eine gesetzliche Frauenquote von mindestens 30 Prozent Frauen für die Besetzung von Aufsichtsräten in sogenannten voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen; dort stieg der Frauenanteil von 26,8 Prozent im Jahr 2015 bei DAX-Konzernen sogar auf 35,4 Prozent im Jahr 2019. Die gesetzliche Frauenquote gilt allerdings nur für Aufsichtsräte, nicht für Vorstände. Die Präsenz von Frauen in Vorständen ist immer noch sehr gering. Nur 8,7 Prozent der Vorstandsposten wurden 2019 von Frauen besetzt. Zwei von drei Unternehmen werden nach wie vor ausschließlich von Männern geführt. Dabei scheint vor allem auch die Größe der Unternehmen relevant. Noch immer gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto geringer ist tendenziell der Frauenanteil. Bereits 2015 bekundete der Bundestag, bis 2018 solle eine 50-Prozent-Quote für Frauen in Aufsichtsräten angestrebt werden, um eine faktische Geschlechterparität zu schaffen. Vorerst blieb es aber bei dieser Absichtserklärung.

Die erhobenen Zahlen zeigen aber auch, dass die Politik nach wie vor versucht ist, die Wirtschaft und in deren Gefolge auch die Wissenschaft immer mehr zu „demokratisieren“ und zu „quotisieren“. Schon gibt es Forderungen, auch zugunsten von Migranten und Divers-Geschlechtern Quotenregelungen zu erlassen. Diesem Machtanspruch der Politik gegenüber der Wirtschaft als einer immer mehr pseudopolitischen Arena beugen sich größere Unternehmen offenbar umso mehr, je mehr die Politik über Subventionen und Regulierungen Einfluss nimmt. Die Energiewende, die neu verordnete Klima-, Verkehrs-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, aber auch das nun angedachte Lieferkettengesetz weisen den Weg: Politik und Staat mischen zunehmend in den noch politikfreieren Arenen der Gesellschaft mit. Das aber ist in dieser Totalität weder sach- noch personengerecht.

KOLUMNE

Digitalisierungs-Push durch Corona

VON FRIEDRIKE WELTER

Am 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Gemeinsam mit den Regierungen in Portugal und Slowenien, die anschließend ab 1. Januar 2021 in der Ratspräsidentschaft hintereinander folgen, hat die Bundesregierung ein „Trioprogramm“ entwickelt, um in den kommenden 18 Monaten wichtige Themen kontinuierlich vorantreiben zu können. Dazu gehört auch der europaweite digitale Wandel. Auch auf nationaler Ebene wird die Förderung der Digitalisierung zukünftig eine deutlich wichtigere Rolle einnehmen als bislang. So sind im Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung fünf Milliarden Euro für den Ausbau des 5G-Netzes vorgesehen. Schließlich hat die Coronakrise deutlich gezeigt, welche Chancen mit der digitalen Transformation inzwischen in unserem Alltag verbunden sind: Durch die zeitnahe Digitalisierung von Prozessen und Geschäftsmodellen konnten viele Selbstständige und Unternehmer die Folgen des teilweisen Lockdowns abfangen. Dies gelang insbesondere in den unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen. Auch der stationäre Handel intensivierte seine Bemühungen, Produkte und Dienstleistungen über digitale Plattformen anzubieten. In vielen Unternehmen konnten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Homeoffice auf die Daten zugreifen.

Trotz der nationalen Grenzsicherungen fanden weiterhin Vertriebs- und Serviceaktivitäten mittels Videokonferenzen selbst im (außer-)europäischen Ausland statt. Zugleich haben aber auch viele Beschäftigte erkannt, dass die digitale Transformation nicht – wie oftmals befürchtet – ihren Arbeitsplatz bedroht, sondern diesen sichert. Diesen Schwung können die Unternehmerinnen und Unternehmer nun nutzen und prüfen, welche der in der Krise entstandenen digitalen Prozesse und Dienstleistungsangebote sie beibehalten und weiterentwickeln wollen.

Zwar haben bereits vor der Krise zwei Drittel der Unternehmen neue Technologien und digitale Geschäftsmodelle beobachtet; jedoch nur eine Minderheit diese tatsächlich proaktiv im eigenen Unternehmen umgesetzt. Gründe, Digitalisierungsprojekte zu verschieben oder aufzugeben, gibt es viele: Zeitmangel aufgrund einer guten Auftragslage, Vorbehalte der Beschäftigten oder schlicht der damit verbundene Aufwand. In der derzeitigen Pandemie zeigt sich aber gerade, dass viele mittelständische Unternehmen, gemeinsam mit ihren Beschäftigten und externen Partnern, durchaus in der Lage sind, kurzfristig die Digitalisierung erfolgreich umzusetzen – und damit ihr Unternehmen auch krisenfester und zukunftsorientierter zu machen. Es ist also gut möglich, dass – coronabedingt – aus der eben genannten Minderheit an Unternehmen, die sich der Digitalisierung öffnen, bereits eine Mehrheit geworden ist. Krisenzeiten sind nicht nur Zeiten der (oft unfreiwilligen) Marktbereinigung, sondern auch Zeiten des Ausprobierens und Herantastens – und dies scheinen viele mittelständische Unternehmen durchaus proaktiv für ihre zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen.

Die Autorin ist Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn und Lehrstuhlinhaberin für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Siegen.

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.



Die Autorin ist Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn und Lehrstuhlinhaberin für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Siegen. Foto: Privat Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.

Marktüberblick

DAX IST WEITER AUF RICHTUNGSSUCHE

Der Deutsche Leitindex bleibt weiter auf Richtungssuche. Seit dem 5. Mai entwickelte sich der DAX erst negativ, um nun, vier Wochen später, auf fast dem gleichen Niveau zu stehen: Am Freitag beendete der Aktienindex die Woche bei 12.634 Punkten. Dies entspricht einem Wochen-Plus von 0,8 Prozent. Den Start in die neue Handelswoche begann der DAX fast unverändert. Obwohl die Vorgaben aus den asiatischen Aktienmärkten gut waren, konnte sich dies bei den deutschen Aktienären nicht durchsetzen.

Aktuell verfolgen die Anleger den Handel der Qiagen-Aktie. Das größte deutsche Biotechunternehmen mit operativem Sitz in Hilden bei Düsseldorf hatte überraschend starke Quartalszahlen präsentiert und damit die Übernahme-spekulationen durch den US-Labor-ausrüster Thermo-Fischer weiter gestärkt. Die Aktie kletterte auf ein 20-Jahres-Hoch und notierte bei 40,36 EUR. Das ursprüngliche Übernahmeangebot für den MDAX-Konzern lag bei 39 EUR je Aktie. Die Annahmefrist für Angebote endet am 27. Juli. Sollte die Übernahme scheitern, sehen Analysten gute Chancen, Qiagen ab September zu den DAX-Titeln zu zählen.

USA: IMMER NEUE HÖCHSTSTÄNDE BEI CORONA-INFIZIERTEN

Die USA melden fast täglich neue Rekordzahlen an Infizierten und Toten. Aktuell sind über drei Millionen US-Amerikaner mit dem Virus infiziert, mehr als 133.000 Menschen sind daran gestorben. Während die ehemaligen Hotspots im Osten des Landes langsam zur Normalität zurückkehren, wird die Lage in anderen Gebieten immer angespannter. Neben Florida sind Texas, Arizona und Kalifornien aktuell die am



stärksten betroffenen Bundesländer. Zunehmend wird auch die Kritik an US-Präsident Trump lauter, dem viele nun ein katastrophales Krisenmanagement vorwerfen.



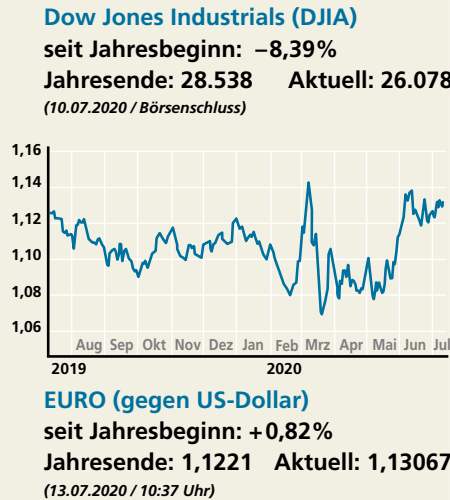
Um mit Blick auf den Wahlkampf hiervon abzulenken, hat Trump seinen engen Vertrauten Roger Stone, der in der Russland-Affäre verurteilt worden war, vor dem Gefängnis gerettet. Donald Trump macht sich zwar dadurch angreifbar, es könnte aber auch ein geschickter Schachzug gewesen sein, die längst vergessene Ermittlungen wieder in den Mittelpunkt zu bringen.

BREXIT: BRITISCHE REGIERUNG BEGINNT MIT BAU VON GRENZANLAGEN

Bis vor Kurzem versprach Boris Johnson, dass es nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU keinerlei Grenzkontrollen geben wird. Die Zollgrenze soll unsichtbar sein, neuer Technologie sei Dank.

LIGA BANK

Dienstleister für die Kirche
- seit 1917 -



Seit Beginn der neuen Woche wird allerdings nun im Hinterland von Dover ein elf Hektar großes Grundstück abgeäuert und für den Bau eines Zentrums für Zollabfertigung vorbereitet. Da der Hafen von Dover durch Klippen und Meer sehr eingeschränkt ist und keinen Platz für wartende LKWs bietet, hat die Regierung im Hinterland ein Grundstück gekauft. Weitere Details sind nicht bekannt, auch da die Regierung Angst vor einem Aufschrei der Bevölkerung hat: Sie fürchten die landwirtschaftliche Zerstörung des „Gartens“ von England.

Mittlerweile gibt es im Kabinett große Verwirrung und Chaos über den tatsächlichen Stand der Vorbereitungen. Auch Unternehmen hätten immer mehr Zweifel daran, dass die Grenzkontrollen bis zum 31. Dezember fertig sind. Intern wurde offenbar der 1. Juli 2021 als Fertigstellungsdatum kommuniziert.